express
Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Antipasti

In: ***express*** *12/2025*

Generalstreik: Belgier:innen verteidigen Rente und Lohn

Drei Tage in Folge streikten Beschäftigte in Belgien und legten damit große Teile des Landes lahm.

Am 24. November begannen der Nah- und Fernverkehr, tags drauf folgte der gesamte öffentliche Dienst, bevor am dritten Tag schließlich der Generalstreik landesweit auch die Privatunternehmen erfasste. Zu den Streiks und Protesten hatten in seltener Einigkeit alle drei bedeutenden Gewerkschaftsverbände Belgiens aufgerufen.

Bereits im März und Oktober gab es riesige Proteste, die sich gegen die geplanten Kürzungen und die Erhöhung der Militärausgaben richteten. Die Fünf-Parteien-Koalition aus Konservativen und Liberalen will unter anderem das Renteneintrittsalter von bisher 65 Jahren auf 67 anheben. Zudem sollen die Renten gekürzt und bei Kultur und Bildung gespart werden.

Besonders gefürchtet wird die angekündigte Abschaffung der automatischen Lohnindexierung. Bisher steigen die Löhne, Renten und einige Sozialleistungen in Belgien bis zu einer gewissen Höhe mit der Inflation. Würde sie wegfallen, verlören viele Menschen ihre Absicherung gegen Armut.

Quellen: nd, IndustriAll European Union

Generalstreik: jetzt auch in Portugal

Nach den großen Streiks für eine bessere Gesundheitsversorgung im Oktober (siehe *express* 11/2025, S. 8) haben die portugiesischen Gewerkschaften erneut ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Für den 11. Dezember mobilisierten die beiden großen Gewerkschaftsverbände CGTP und UGT zum Generalstreik gegen eine geplante Arbeitsrechtsreform.

Die konservative Minderheitsregierung unter Präsident Luís Montenegro will mehr als 100 Gesetzesänderungen vornehmen, um das Arbeitsrecht fit fürs 21. Jahrhundert zu machen. CGTP und UGT lehnen die Reform strikt ab, denn sie sehen in ihr erhebliche Verschlechterungen und eine Normalisierung prekärer Beschäftigung.

Der Aufruf zeigte Wirkung: Zahlreiche Busse, Bahnen und Flüge der staatlichen Fluggesellschaft TAP fielen aus, in Krankenhäusern wurden Operationen verschoben. Auch die staatliche Nachrichtenagentur Lusa stellte ihre Arbeit ein. Private Unternehmen wurden ebenfalls bestreikt.

In Europa häufen sich die Aufrufe zum Generalstreik – nach Italien (siehe S. 14), Frankreich (siehe *express* 11/2025, S. 12) und Belgien jetzt also auch Portugal. Ob das immer ein Zeichen der Stärke ist, darf allerdings bezweifelt werden.

Quelle: dpa

Warum es ein wirksames Lieferkettengesetz braucht

Sowohl das deutsche als auch das europäische Lieferkettengesetz werden ständig gescholten von Arbeitgebervertretern und Bundeskanzler Friedrich Merz – es seien »Bürokratiemonster«, die die hiesigen Unternehmen heillos überfordern würden. Die europäische Lieferkettenrichtlinie könnte, wenn es schlecht läuft, schon bald entkernt werden (siehe S. 1, 16).

Dabei fällt oft genug unter den Tisch: Dass Unternehmen verpflichtet werden, auf die Einhaltung von Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten entlang ihrer Lieferkette zu achten, zeigt Wirkung. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Menschen ganz konkret davon profitieren.

Zum Beispiel erstritten Arbeiter:innen der Bananenplantage »Jardín del Tigre« in Costa Rica im Herbst Abfindungen, nachdem sie entlassen wurden – vermutlich weil sie sich gewerkschaftlich organisiert hatten. Die Hilfsorganisation Oxfam hatte eine Beschwerde im Rahmen des Lieferkettengesetzes eingereicht, weil auf der Plantage gesundheitsgefährdende Pestizide aus der Luft versprüht wurden, während sich Arbeiter:innen dort aufhielten. Der Discounter Aldi, der die Bananen importiert, wandte sich daraufhin – wie nach dem Lieferkettengesetz vorgesehen – an den Produzenten, die Exporteure vor Ort und die Gewerkschaft Sitrap, um den Fall aufzuklären. Am Ende sprangen immerhin Abfindungen für die Bananenarbeiter:innen heraus.

Auch in Ecuador erkämpften Bananenarbeiter:innen in diesem Jahr bessere Arbeitsbedingungen. Ihre Gewerkschaft ASTAC reichte über eine befreundete Menschenrechtsorganisation Beschwerde beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ein. Etliche Arbeiter:innen beim Plantagenbetreiber Otisgraf wurden zuvor nur für einen halben Tag bezahlt, auch wenn sie in Vollzeit arbeiteten. Weil die Bananen an die Supermärkte von Rewe geliefert wurden und Otisgraf obendrein teilweise im Besitz eines deutschen Fruchtimportunternehmens ist, war die Beschwerde erfolgreich. Heute erhalten die Arbeiter:innen den ecuadorianischen Mindestlohn – für manche von ihnen bedeutet das mehr als doppelt so viel Geld wie zuvor.

Sind das nicht Gründe genug, für den Erhalt der Lieferkettengesetze zu kämpfen – in der Bundesrepublik und in Europa?

Quelle: nd

Weg frei für den Rassemblement National?

Nicolas Sarkozy, der gerade erst nach dreiwöchiger Gefangenschaft wieder nach Hause entlassene französische Ex-Präsident, hat am 10. Dezember mit großem Mediengetöse sein »Tagebuch eines Gefangenen« veröffentlicht. Größte Aufmerksamkeit erhielt aber nicht die Schilderung seines Martyriums, sondern die ausgesprochen wohlwollenden Worte, die er für Marine Le Pen findet. Die Vorsitzende des rechtsextremen Rassemblement National (RN) hatte sich unmittelbar nach seiner Verurteilung mit ihm solidarisch gezeigt. Nun, so Sarkozy, gehe es darum, mit Blick auf die spätestens 2027 anstehenden Präsidentschaftswahlen die gesamte Rechte zu einen.

Ins gleiche Horn blies Bruno Retailleau, ein harter Rechter, Präsident der ehemals gaullistischen Les Républicains (LR) und bis vor kurzem noch Innenminister. Für ihn gehört der RN inzwischen zum französischen Verfassungsbogen, die linke Partei La France Insoumise (LFI) hingegen nicht. Wobei Retailleau ein Kandidat der bürgerlichen Rechten in der Stichwahl dann doch lieber wäre, am besten er selbst natürlich, denn der RN habe eine »sozialistische DNA«. Bereits für die im Frühjahr anstehenden Kommunalwahlen gab der dritte im Bunde, der Fraktionsvorsitzende der LR Laurent Wauquiez, die Parole aus: Im Zweifel alle, nur nicht LFI wählen.

Während die Union in Deutschland noch zaudert, ist die bürgerliche Rechte in Frankreich längst dabei, alle Reserven gegenüber der extremen Rechten aufzugeben. Käme es so, bedeutete dies, so die linksliberale *Libération*, »das Ende der nach dem Pétain-Regime verhängten Verbannung der extremen Rechten und auch das Ende der Verbundenheit der aus der Résistance hervorgegangenen französischen Rechten mit der liberalen Demokratie.«

Bleibt es dabei, dass Le Pen von der kommenden Präsidentschaftswahl ausgeschlossen ist, hat der Vorsitzende des RN Jordan Bardella beste Chancen, der nächste Präsident Frankreichs zu werden. Die jüngsten Umfragen aus dem November sehen ihn nicht nur im ersten Wahlgang klar vorn, sondern auch als Sieger im zweiten. Und dies bei allen aktuell denkbaren Konstellationen in der Stichwahl.

Darf man auf den Widerstand der Gewerkschaften hoffen? Gab es nicht große Proteste in den letzten Monaten? Ja, schon (siehe *express* 11/2025, S. 12). Aber der Protesttag gegen die

Regierung am 2. Dezember, zu dem die CGT gemeinsam mit der FSU und Solidaires aufgerufen hatte, lief weitgehend ins Leere. In Paris zählte die CGT gerade mal 17.000 Teilnehmer:innen. Nur wenige Lehrer:innen streikten und selbst der Zugverkehr lief fast normal.

Quellen: Libération, La Dépêche

Arbeitszeitverkürzung: Immer noch ein Thema

Trotz der geplanten Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit und trotz einzelner Tarifabschlüsse in diesem Jahr, die eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit möglich machen (siehe *express* 7/2025, S. 1): Ver.di kämpft weiter für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wo sie durchsetzbar scheint.

Am 27. November begann die Tarifrunde für den kommunalen Nahverkehr mit einer Forderungsübergabe in allen Bundesländern. Die Forderungen unterscheiden sich je nach Bundesland und den knapp 150 kommunalen Unternehmen. Denn die Vielzahl der Tarifverträge, die verhandelt werden, sind ebenfalls höchst unterschiedlich. Zu den Kernforderungen, die ver.di in mehreren Bundesländern stellt, gehört aber die Entlastung. Das heißt konkret: eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, eine Verkürzung der Schichtzeiten und eine Verlängerung der Ruhezeiten. Weniger zu arbeiten bleibt zumindest bei ver.di eine Forderung in den Tarifrunden.

Quelle: ver.di

Arbeitszeitverlängerung: Leider auch immer noch ein Thema

Am 2. Dezember erklärte die NGG die Schlichtung in der Tarifauseinandersetzung mit der Oettinger Brauerei für gescheitert. Der Grund: Die Schlichtungsempfehlung des Vorsitzenden Benedikt Hövelmann sah nur eine magere Lohnerhöhung von zwei Prozent ab Juni 2025 und weiteren 0,8 Prozent ab Januar 2026 vor. Und noch viel wichtiger: Sie enthielt die Möglichkeit, dass das Unternehmen die tarifliche Wochenarbeitzeit für bis zu sechs Monate im Jahr einseitig auf 45 Stunden erhöhen kann – aktuell sind es 37 Stunden am Standort Mönchengladbach und 38 Stunden in Oettingen und Walldorf.

Der Verhandlungsführer der NGG Tim Lubecki machte darauf aufmerksam, dass Oettinger seine Brauerei in Braunschweig schließt, wodurch 150 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Das macht den Vorschlag, dass die Beschäftigten an den übrigen Standorten länger arbeiten sollen, noch grotesker. Deshalb ging die Tarifkommission nicht auf das Schlichtungsangebot ein, und die NGG plant nun weitere Arbeitskampfmaßnahmen. *Quelle: NGG*

Tod in der Frühschicht

Mitte November starb ein Amazon-Beschäftigter im Logistikzentrum in Erfurt-Stotternheim während seiner Frühschicht. Der 59-Jährige erlag einem Herzinfarkt. Zuvor hatte er versucht, sich bei seinem Vorgesetzten krankzumelden. Er blieb aber im Warenlager, wenig später war er tot.

Laut Amazon sei mit dem Arbeiter vereinbart worden, dass er seine Pause abwarte und danach selbst entscheide, ob er nach Hause geht. Das Unternehmen besteht darauf, dass es sich bei seinem Tod nicht um einen Arbeitsunfall handelte. Wäre er trotzdem vermeidbar gewesen? Vielleicht, wenn ihm schneller geholfen worden wäre. Laut Matthias Adorf, Gewerkschaftssekretär bei ver.di in Thüringen, komme es vor, dass Beschäftigte gedrängt werden, weiterzuarbeiten, wenn sie sich krank fühlen. Viele haben zudem Angst, sich krankschreiben zu lassen, weil sie fürchten, dass ihr befristeter Arbeitsvertrag dann nicht verlängert wird.

Es war nicht der erste Todesfall in einem Amazon-Logistikzentrum. Im August 2022 starb ein Amazon-Beschäftigter während seiner Schicht im Leipziger Logistikzentrum. Und erst im April dieses Jahres kam ein Leiharbeiter im Logistikzentrum JFK8 auf Staten Island ums Leben.

Quellen: taz, Jungle World

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12